

POLITISCHER SONDERBERICHT

Projektland: Ghana

Datum: 22. März 2013

Wahlanfechtung in Ghana – Kann das Musterland seine Erfolgsgeschichte fortsetzen?

Ghana gilt als eines der demokratischen Musterländer Afrikas. Seit Beginn der vierten Republik im Jahr 1992 konnte das Land sechs friedliche Wahlen und zwei erfolgreiche Machtwechsel zwischen den beiden großen Parteien, New Patriotic Party (NPP) und National Democratic Congress (NDC) aufweisen. Mit dieser Bilanz ist Ghana einer der Staaten mit der längsten demokratischen Tradition im krisengebeutelten Westafrika.

Die stabile demokratische Regierungsführung ging zudem während der letzten beiden Jahrzehnte mit einem beträchtlichen wirtschaftlichen Aufschwung einher. Sogar im internationalen Vergleich erzielte das Land zuletzt Spitzenplätze beim Wirtschaftswachstum. Nach der Entdeckung von Offshore-Ölvorkommen vor wenigen Jahren verzeichnete es 2011 ein Rekordwachstum von 14,4 % des realen BIP¹. Gleichzeitig gelang es, zwischen 1991 und 2006 den Anteil der unter der Armutsgrenze lebenden Bevölkerung von 52 % auf 29 % zu reduzieren². Dank seiner positiven Entwicklungen ist Ghana daher das erste afrikanische Land südlich der Sahara, welches das Millenniums-Entwicklungsziel, Armut und Hunger bis 2015 zu halbieren, erreichen könnte³.

Am 7. Dezember 2012 wählte Ghana zum sechsten Mal einen Präsidenten. Anders als erwartet endete schon der erste Wahlgang in einem wahlentscheidenden Ergebnis, indem der NDC-Kandidat John Dramani Mahama 50,7 % der abgegebenen Stimmen erhielt. Damit gewann seine Partei knapp gegen den NPP-Herausforderer Nana Akufo-Addo (47,7 %).

Schon 2008 hatte die NDC den Wahlausgang mit nur einem Prozentpunkt Vorsprung für sich entschieden. Die jetzige Wahl galt als Test für Ghanas Demokratie, denn für die Beteiligten stand einiges auf dem Spiel. Beide Volksparteien hatten in der Vergangenheit bereits für jeweils mindestens eine Legislaturperiode die Regierung gestellt und kennen dadurch die Vorzüge des Regierens.

1 Ghana Statistical Service

2 Weltbank

3 UNDP, Africa Human Development Report 2012

Hanns-Seidel-Stiftung_Politischer Sonderbericht_Ghana_22.03.2013

Ihr Hauptaugenmerk im Vorfeld der Wahlen galt unter anderem der Perspektive, als Regierungspartei die Einnahmen aus Ghanas Ölgeschäft verwalten zu können, da für die kommenden Jahre mit erheblichen Mehreinnahmen zu rechnen ist. Das in Ghana bedeutsame Klientensystem eröffnet in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, der eigenen Partei mithilfe der Erdöleinnahmen maßgebliche Vorteile zu verschaffen. Rivalität und Misstrauen zwischen den beiden Volksparteien waren in den vergangenen Jahren daher stärker ausgeprägt als gewohnt. Entsprechend war dieser Wahlkampf sehr personenbezogen und von erbitterten Debatten, Diskreditierung und Anschuldigungen geprägt. Bereits im Vorfeld der Wahlen beherrschten Spannungen und Unsicherheit die Szenerie des Landes.

Im Verlauf der Wahl kam es in einer Reihe von Wahlstationen zu erheblichen technischen Problemen mit dem erstmals angewandten biometrischen Identifizierungsverfahren. Zwar bezeichneten nationale und internationale Wahlbeobachter die Wahlen trotzdem als transparent, frei und fair⁴.

Schon kurz nach Bekanntgabe der Ergebnisse wurden bei der NPP jedoch Anschuldigungen der Wahlfälschung laut. Sie wirft der NDC vor, die technischen Schwierigkeiten genutzt zu haben, um die Ergebnisse zu ihren Gunsten zu fälschen. Es gäbe Beweise für verschiedene Regelwidrigkeiten in über 11.000 Wahlstationen mit beträchtlichen Auswirkungen auf das Wahlergebnis.

NPP-internen Berechnungen zufolge habe sich Akufo-Addo mit 50,28 % der Stimmen gegen Mahama (mit 48,26 %) durchgesetzt und sei somit der eigentliche Gewinner⁵. Die Oppositionspartei reichte deshalb Ende Dezember 2012 eine Petition beim ghanaischen Verfassungsgericht gegen Präsident Mahama und den Vorsitzenden der Wahlkommission, Dr. Kwadwo Afari-Gyan, ein. Mahama bleibt aber laut Verfassung bis zu einem eventuell anders lautenden Urteil des Verfassungsgerichts offiziell Präsident.

Die Mitglieder der NPP blieben der Amtseinführung Mahamas im Januar 2013 fern. Auch boykottiert die Partei jegliche Tätigkeiten, an denen die Exekutive beteiligt ist, um Mahamas Präsidentschaft nicht zu legitimieren.

Die NDC indessen verfolgt eine Verzögerungstaktik. Mehrere hundert Parteimitglieder stellten Antrag auf Klagebeitritt, um das Hauptverfahren bis zum Eingang der Klageerwiderungen zu blockieren. Der Klagebeitritt wurde vom Verfassungsgericht allerdings nicht zugelassen. Die eigentliche Anhörung, deren Beginn wegen der Verzögerungen noch nicht festgelegt werden konnte, ist derzeit auf zwei Monate angesetzt. Der unsichere Ausgang der Petition und das von Boykott und Verzögerungstaktiken geprägte Vorgehen der beiden Volksparteien tragen zu einer weiteren Zunahme von Unruhen und Frustration in der Bevölkerung bei.

Dass diese Geschehnisse berechtigter Grund zur Sorge sind, wird deutlich, wenn man die Fassade des demokratischen und wirtschaftlichen Musterstaats Ghana etwas genauer betrachtet und einen Blick auf die tiefer liegenden Probleme des Landes wirft. Hier zeigt sich eine Situation, in der politische Stabilität und eine starke,

4 <http://ghananewsagency.org/politics/elections-well-conducted-codeo-53679>; <http://allafrica.com/stories/201212100494.html>

5 <http://www.eluniversal.com/internacional/121228/la-oposicion-de-ghana-impugna-los-resultados-de-las-presidenciales>

Hanns-Seidel-Stiftung_Politischer Sonderbericht_Ghana_22.03.2013

handlungsfähige Regierung essentielle und unverzichtbare Konstanten sind. So hat Ghana trotz der positiven Entwicklungen der letzte Jahre nach wie vor zahlreiche soziale, politische und wirtschaftliche Herausforderungen zu bewältigen, über die das rasante Wirtschaftswachstum nicht hinwegtäuschen darf.

Trotz des positiven Trends lebt auch weiterhin ein großer Teil der Bevölkerung unterhalb der Armutsgrenze; der Zugang zu sauberem Trinkwasser und grundlegenden Sanitäreinrichtungen ist in weiten Teilen nicht gesichert. Gleichzeitig erschweren steigende Kraftstoffpreise und häufige Stromausfälle das Leben, wobei der strukturschwache Norden des Landes am stärksten betroffen ist. Auch kämpft Ghana mit einer hohen Arbeitslosigkeit, vor allem unter Jugendlichen. Etwa ein Viertel der zwischen 15- und 24-jährigen ist laut Statistik ohne Arbeit, die Dunkelziffer dürfte weit darüber liegen und stellt damit eine der weltweit höchsten Raten dar⁶.

Das Wachstum in Ghanas Agrarsektor, welcher 60 % der Bevölkerung beschäftigt, betrug 2011 lediglich 2.8 %⁷. Ähnlich niedrig sind die Bilanzen in der verarbeitenden Industrie, deren Anteil an der Gesamtwirtschaft seit 1996 von 26 % auf besorgniserregende 3 % gesunken ist⁸.

Aufgrund dieser Entwicklungen ist das Land verstärkt auf den Import wichtiger Güter angewiesen, allen voran Öl, Gas und Lebensmittel und dies trotz eigener Ressourcen, um diese Nachfrage zu befriedigen. Da der Exportwert Ghanas größtenteils unverändert blieb, hat sich bei steigender Importnachfrage die Handelsbilanz fortlaufend verschlechtert. Dies führte unweigerlich zur Abwertung der Landeswährung Ghana Cedi und einem Ansteigen der Inflationsrate im Sinne einer „importierten Inflation“; diese beläuft sich derzeit auf 10 %⁹. Ergänzend zum Handelsbilanzdefizit erreichte außerdem das Haushaltsdefizit des Landes im vergangenen Jahr den Rekordwert von 12 %¹⁰, eine Situation, in der Ökonomen warnend vom sog. „Zwillingsdefizit“ sprechen.

Diese Entwicklung ist in erster Linie auf einen, in afrikatypischer Tradition aufgeblähten bürokratischen Apparat zurückzuführen, der durch eine Vielzahl von Parallelinstitutionen und Ineffizienzen inflationär überzogen ist.

Soziale Ungleichheit, Jugendarbeitslosigkeit, mangelhafte Infrastruktur und ein konstantes Ansteigen des Preisniveaus haben zuletzt Empörung und Frustration in der Bevölkerung ausgelöst. Ghanas Regierung – unabhängig davon, von welcher Partei sie gestellt wird – steht einer wachsenden Front des Misstrauens aus Privatsektor und Zivilgesellschaft gegenüber. Manifestiert sich dieses Misstrauen in sozialen Unruhen und weiteren Spannungen, so könnte dies bei einer Zuspitzung der Situation den demokratischen und wirtschaftlichen Errungenschaften des Landes unabsehbaren Schaden zuführen.

6 <http://www.worldreview.info/de/node/213>

7 <http://edition.cnn.com/2012/08/10/opinion/george-ayittey-ghana-economy>

8 <http://world.time.com/2012/08/11/ghana-and-the-double-edged-sword-of-democracy/>

9 <http://www.businessweek.com/news/2013-03-13/ghana-s-inflation-rate-surges-to-10-percent-highest-since-2010>

10 <http://www.theafricareport.com/West-Africa/ghanas-deficit-almost-doubled-at-12-of-gdp.html>;

<http://vibeghana.com/2013/03/05/government-targets-9-per-cent-budget-deficit-single-digit-inflation/>

Um den bisherigen positiven Entwicklungstrend Ghanas fortzuführen, ist eine nachhaltige Sicherstellung der politischen Stabilität deshalb oberste Priorität. Nicht nur gefährden unsichere politische Rahmenbedingungen das zuletzt beispiellos hohe Volumen ausländischer Direktinvestitionen.

Ghanas zahlreiche Herausforderungen auf seinem Weg zu Wohlstand und Prosperität vermag nur eine stabile und durchsetzungs-fähige Regierung zu meistern. Die reichlichen Ölvorkommen des Landes bieten das Potential, seinen wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt zu beschleunigen. Hierbei steht jedoch wie immer das Risiko des viel zitierten „Ressourcenfluchs“ im Raum, welcher das Phänomen beschreibt, dass sich die wirtschaftliche und politische Situation in rohstoffreichen Ländern paradoxerweise oft verschlechtert.

Mit Blick auf die Fehlentwicklungen in Nigeria und anderen Staaten der Region muss deshalb eine effiziente, transparente und entwicklungsförderliche Administration der Ressourcen oberstes Ziel sein. Der Ölboom in Ghana verlief bisher schleppender als erwartet; die notwendige Vertiefung der im Land stattfindenden Wertschöpfung ist bislang vernachlässigt und die Schaffung neuer Arbeitsplätze in vor- und nachgelagerten Bereichen der Ölindustrie folglich nicht realisiert worden.

Vor allem die Menschen an der Basis haben noch nicht vom ölunduzierten Aufschwung ihres Landes profitiert. Die durch die Ölfunde und vielverheißende Versprechen aus Politik und Wirtschaft geschaffene Erwartungshaltung der Bevölkerung birgt somit ein weiteres, nicht zu vernachlässigendes Konfliktpotential. Die Politik muss diese Entwicklungen ernst nehmen, und ihnen durch die Schaffung entsprechender Rahmenbedingungen entgegenwirken. Dies wiederum setzt Handlungsfähigkeit und einen klaren und unumstrittenen Regierungsauftrag voraus.

Durch die Präsidentschaftswahl hat Ghana einmal mehr die Möglichkeit erhalten, seine demokratische Reife unter Beweis zu stellen. Das beschriebene Gerichtsverfahren bietet nun tatsächlich die Chance, demokratische Strukturen richtungsweisend zu untermauern und die Stärke des ghanaischen Rechtssystems zu demonstrieren. Gleichzeitig birgt es jedoch die Gefahr, eine bereits angespannte Situation durch die Produktion weiterer Unsicherheiten zu destabilisieren. Sowohl die demokratischen als auch die wirtschaftlichen Fortschritte, welche das Land in den vergangenen Jahren erzielte, könnten dadurch nachhaltig beeinträchtigt werden.

Alle beteiligten Akteure tragen daher eine große Verantwortung: zum einen muss das Verfassungsgericht eine zügige, unabhängige und transparente Handhabung des Verfahrens garantieren; zum anderen müssen NPP und NDC jegliches Taktieren in Form von Einschüchterungen, Verzögerungen und Boykotts unterlassen. Nur so können ein rasches abschließendes Urteil und bis dahin die möglichst reibungslose Fortführung des politischen Betriebs ermöglicht werden. Von essentieller Bedeutung ist weiterhin die Anerkennung des Verfassungsgerichts (Supreme Court) als oberste Instanz und somit die unbedingte Akzeptanz seiner Entscheidung, wie auch immer diese lauten mag. Um seiner zahlreichen Herausforderungen Herr zu werden, benötigt das Land nun eine handlungsfähige und stabile Regierung, die in der Lage ist, auf der Basis klar definierter und transparenter politischer Verhältnisse zu agieren; Ghanas Erfolgsgeschichte darf nicht leichtfertig aufs Spiel gesetzt werden.

Autor: Demian Regehr

Der Autor ist Büroleiter der Hanns-Seidel-Stiftung in Accra, Ghana.

Unter Mitarbeit von Laura Peitz, Praktikantin bei der Hanns-Seidel-Stiftung Westafrika.

Redaktion: Ralf Wittek, **Leiter der Vertretung der Hanns-Seidel-Stiftung in Westafrika.**

IMPRESSUM

Erstellt: 22.03.2013

Herausgeber: Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Copyright 2011

Lazarettstr. 33, 80636 München

Vorsitzender: Prof. Dr. h.c. mult. Hans Zehetmair, Staatsminister a.D., Senator E.h.

Hauptgeschäftsführer: Dr. Peter Witterauf

Verantwortlich: Christian J. Hegemer,

Leiter des Instituts für Internationale Zusammenarbeit

Tel. +49 (0)89 1258-0 | Fax -359

E-Mail: iiz@hss.de, www.hss.de